



Landesbeauftragter für politische Bildung Schleswig-Holstein  
Karolinenweg 1, 24105 Kiel

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Frau Barbara Ostmeier

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Mein Zeichen: LBpB  
Meine Nachricht vom:  
Bearbeiter/in: LBpB 1

Telefon (0431) 988-1647  
Telefax (0431) 988-1648

lpb@landtag.ltsh.de

05.11.2019

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/3130

**Stellungnahme zum Antrag „Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen“ (Drucksache 19/1605) und zum Alternativantrag „Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen“ (Drucksache 19/1664)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den o. g. Anträgen. Zu den Aspekten, die den Aufgabenbereich des Landesbeauftragten für politische Bildung berühren, führe ich Folgendes aus:

Ich begrüße es, dass beide Anträge das Ziel haben, rechtsextremistischen Bedrohungen – dazu gehören explizit auch Einschüchterungsversuche zivilgesellschaftlich aktiver Einrichtungen und Personen – sowie rechtsextremer Gewalt entschieden entgegenzutreten. Es ist wichtig, den Betroffenen möglichst einfach umfassende Hilfeleistungen anzubieten. Der Ausbau der Sicherheitsbehörden in diesem Bereich, wie in der Drucksache 19/1664 beschrieben, ist ein wichtiger Schritt. Ebenso ist die Stärkung von Beratungsstellen für Betroffene notwendig.

Personen, die auf sogenannten „Feindeslisten“ aufgelistet werden, sollten nach meinem Dafürhalten jedoch nicht pauschal informiert werden, da dies ein allgemeines Klima der Angst und Verunsicherung erzeugen bzw. verstärken könnte. Außerdem ließe sich dieses Informationsprozedere instrumentalisieren. Personen, deren Sicherheit jedoch konkret gefährdet ist, müssen nach Maßgabe der Sicherheitsbehörden informiert und geschützt werden. Die Frage, welche Kriterien hierfür angewandt werden, ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden und keine Frage der politischen Bildung.

Ich weise darauf hin, dass ebenso weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um rechtsextremen Einstellungen und Bestrebungen bereits entgegenzuwirken, bevor es zu Hass, Hetze und Gewalt kommt. Dazu ist eine Weiterentwicklung und strukturelle Verstetigung von Projekten und Maßnahmen zur politischen Bildung, die die soziale Inklusion und die Vermittlung demokratischer Grundwerte frühzeitig fördern, dringend geboten. Eine Vielzahl der bestehenden Präventionsangebote zur Demokratieförderung greift zu spät und richtet sich vordringlich an Menschen, bei denen bereits ein Gefährdungspotenzial erkennbar ist.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "C. Meyer-Heidemann". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Christian Meyer-Heidemann  
Landesbeauftragter für politische Bildung